

## **Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Ökologische Altlasten in Thüringen“**

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 5/1754 -

Vielen Dank, Frau Präsidentin. In Anbetracht der noch zahlreichen Besucher im Haus möchte ich am Anfang erstmal kurz auf den Grund und den Inhalt des Gesetzentwurfes eingehen. Das uns vorliegende Gesetz wurde nötig, weil die Kosten für die Altlastensanierung in Thüringen, die über das Sondervermögen ökologischer Altlasten finanziert werden sollten, ein Gesamtdefizit von 218 Mio. € aufgewiesen haben und dementsprechend das Sondervermögen drohte, nicht mehr handlungsfähig zu sein. Hauptgründe für dieses Defizit waren unter anderem die deutlich gestiegenen Sanierungskosten für den Teersee Rositz, wo über 44 Mio. € an Mehrkosten entstanden sind, und außerdem befürchtete Mehrkosten im Bereich der Kaliindustrie von 130 Mio. €. Ein weiterer Punkt des Gesetzentwurfes ist die Aufnahme der Altlastensanierung außerhalb des Generalvertrages, der bisher über das Sondervermögen geregelt war, in das Sondervermögen. Diese Gelder, die bisher im Haushalt geregelt waren, werden jetzt also per Kreditermächtigung im Sondervermögen gehandelt.

Am 11.11. wurde das Gesetz in erster Lesung im Landtag beraten. Es war kein Faschingsscherz, dass dieser Gesetzentwurf im Dezember schon verabschiedet werden sollte. Diese Notwendigkeit ergab sich daraus, dass im Haushalt nach dem 01.01. kein Geld mehr für die Sanierung der Altlasten außerhalb des Generalvertrages steht. Um hier handlungsfähig zu sein, musste am 12.11. eine erste Sitzung des Umweltausschusses stattfinden, wo dann die Anhörung beschlossen wurde.

Es fand eine Anhörung von den kommunalen Spitzenverbänden und von einem Ingenieurbüro JENA-GEOS statt. Die kommunalen Spitzenverbände meinten, dass sie vom Gesetzentwurf nicht betroffen sind. Das Ingenieurbüro sprach der Landesverwaltung ein Lob für die hervorragende Arbeit aus, die es im Bereich der Altlastensanierung in Thüringen gibt.

Der Ausschuss beschäftigte sich mit Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf. Es gab zwei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, einen zur Anhebung des Finanzierungsrahmens für die Altlasten außerhalb des Generalvertrages und einen zweiten zur Aufnahme der Uranbergbaualtlasten außerhalb der Wismutsanierung. Beide Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt. Es gab aber von der Landesregierung die Zusage, eine Prüfung des Einsatzes erneuerbarer Energien auf Altlastenflächen durchzuführen, um damit weitere Einnahmemöglichkeiten zur Finanzierung der Altlastensanierung zu erschließen.

Der vorliegende Gesetzentwurf wurde vom Ausschuss ohne Änderungen mehrheitlich angenommen. Ich danke Ihnen.

*(Beifall DIE LINKE)*